

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
 Nr. 35 · 31. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 30. August 1930

Irreführende Darstellung einer amtlichen Erhebung über Bauarbeiterleistungen

Der Untersuchungsausschuß für Arbeitsleistung beim Reichsarbeitsministerium hat in eingehenden Untersuchungen an Bauten in Großstädten festgestellt, wieviel Mauersteine der Maurer in der Zeiteinheit durchschnittlich legt. Hiernach betrug die Zahl der je Arbeitsstunde vermauerten Steine im Akkordlohn in Berlin 173, in Breslau 146, in Hamburg 119, in München 116, in Essen 92, in Frankfurt a. M. 89, in Stuttgart 85 und in Hannover 83. Bei Zeitlohn-Bauten betrug die Leistung in Leipzig und Stuttgart pro Stunde 35, in Berlin 43, in Königsberg 48, in Hannover 62, in Essen 75, in Breslau 84 und in München 99. Ueber die durchschnittliche Zahl der je Arbeitsstunde vermauerten Steine bei verschiedener Arbeitszeit liegen aus München folgende Ergebnisse vor:

8 stündige Arbeitszeit	83 Steine
8 1/2 stündige Arbeitszeit	98 Steine
8 3/4 stündige Arbeitszeit	122 Steine
9 stündige Arbeitszeit	108 Steine
9 1/2 stündige Arbeitszeit	113 Steine.

Hieraus ergibt sich, daß die Zahl der je Arbeitsstunde vermauerten Steine bei 8 3/4 stündiger Arbeitszeit am höchsten ist.

Vorstehende Notiz wurde jüngst von einer Korrespondenz verbreitet. Sie stützt sich auf eine Tabelle, die der Bericht des Untersuchungsausschusses für Arbeitsleistung des Enqueteausschusses: „Die Arbeitsleistung im Maurergewerbe“ enthält. Abgesehen davon, daß diese Tabelle kein zutreffendes Bild von der Arbeitsleistung der Maurer in der Gegenwart gibt, ist ihre Ausnutzung, wie in obiger Notiz geschehen, ohne Berücksichtigung der vom Enqueteausschuß dazu gegebenen Erläuterungen, eine Irreführung der öffentlichen Meinung.

Die Tabelle gibt kein zutreffendes Bild der Gegenwartsleistungen, weil in ihrer Durchschnittsberechnung die Leistungen in den Inflationsjahren 1921 bis 1923 und die Leistungen in den Jahren 1926, 1927 und 1928 zusammengeworfen sind. Z. B. Berlin ist nur mit drei Zeitlohnbauten darin enthalten. Einer davon ist 1921 ausgeführt mit einer Stundenleistung von 25,9 Steinen, ein zweiter 1921 mit 50 Steinen Durchschnittsleistung, und der dritte 1927 mit 63,9 Steinen pro Stunde. Diese drei Zahlen addiert und durch drei geteilt, ergibt 46,6 Steine pro Stunde.

In der Inflationszeit waren die Arbeitsleistungen aller Arbeitnehmerkategorien infolge der Kriegstrapagen und Unterernährung erheblich geringer als in den letzten Jahren. Sie waren kein Sonderrecht der Maurer oder Bauarbeiter. Aus der neueren Zeit ist in diesem Falle ein einziger Bau in der Tabelle enthalten. Er bedeutet vielleicht ein Zweitausendstel der in Berlin jährlich ausgeführten Bauarbeiten und wird mit zwei Inflationsbauten zusammengeworfen, um ein Bild von der Zeitlohnstundenleistung eines Berliner Maurers in der Gegenwart zu zeigen. Wer soll da nicht an Tendenz glauben?

Das Berliner Beispiel trifft mehr oder weniger auf alle in der Tabelle aufgeführten Städte, aus denen Angaben für die Inflationsjahre vorliegen, zu. Hätte der Verfasser obiger Notiz den Bericht des Enqueteausschusses aufmerksam durchgelesen, dann mußte er merken, daß er dem Ausschuß keinen Dienst erweist, wenn er Tabellenauszüge in tendenziöser Weise in die Öffentlichkeit schleudert. Oder dient er einer Stelle, die Interesse an einer Hege gegen die Bauarbeiter hat?

Der Verfasser obiger Notiz schreibt einleitend von „eingehenden Untersuchungen“. Der Bericht des Enqueteausschusses aber lautet auf Seite 7 vorletzter Absatz:

„Die Untersuchung der Arbeitsleistung im Maurergewerbe konnte infolge der Kürzung der dem Enqueteausschuß zur Verfügung stehenden Zeit und Mittel nicht in dem Ausmaß durchgeführt werden, wie es nötig gewesen wäre, um ein vollkommenes Bild über die Faktoren zu bekommen, die eine Verschiedenheit der Arbeitsleistung bewirken können.“

Der Bericht schließt mit folgender Zusammenfassung:

14.

Der Arbeitserfolg der Maurer, soweit er in der Zahl der je Arbeiterstunde vermauerten Steine zum Ausdruck kommt, hat sich also als abhängig erwiesen

1. von der Art der jeweilig auszuführenden Bauaufgabe (Mauerstärke usw.),
2. von der Art der zu verwendenden Baumaterialien (Steine und Mörtel),
3. von der Art der Arbeitsorganisation und der Mittelbelastung des Maurers durch Nebenarbeiten,
4. von dem durch die Kameraden einer Akkordmaurerkolonne gegenseitig ausgeübten Leistungszwang,
5. von der traditionell bedingten Leistungsgewohnheit,
6. von der Qualifikation der Maurer und der bei der Zusammensetzung einer Akkordkolonne ausgeübten Auslese,
7. von dem durch ein Akkordlohnsystem ausgeübten Leistungsantrieb.

Die in der Untersuchung festgestellten Unterschiede der Maurerarbeitserfolge sind im einzelnen wie folgt zu erklären:

I. Die Unterschiede der Arbeitserfolge in verschiedenen Orten

1. durch Verschiedenheiten der verwendeten Materialien und der geltenden Arbeitsorganisation,
2. durch Verschiedenheiten in der Anwendung des Akkordsystems,
3. durch Verschiedenheiten in der Schärfe der bei der Zusammensetzung der Akkordkolonnen ausgeübten Auslese,
4. durch Verschiedenheiten der Leistungsgewohnheiten.

II. Die Unterschiede der Arbeitserfolge bei verschiedenen Lohnsystemen,

1. durch Verschiedenheiten der Qualifikation der Akkord- und der Zeitlohnmaurer,
2. durch Verschiedenheiten der in verschiedenen Lohnsystemen liegenden Leistungsantriebe,
3. durch konstruktive und qualitative Verschiedenheiten

**Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben,
 An deines Volkes Auferstehen,
 Laß diesen Glauben dir nicht rauben,
 Trotz allem — allem — was geschä'n:
 Und handeln sollst du so als hinge
 Von dir und deinem Tun allein
 Das Schicksal ab der deutschen Dinge,
 Und die Verantwortung wär' dein**

Stäbe.

der in Akkordlohn und im Zeitlohn ausgeführten Bauten.

III. Unterschiede der Arbeitserfolge, die in gesetzmäßiger Weise mit Sicherheit einen Einfluß der Dauer der Arbeitszeit erkennen lassen, konnten in der vorliegenden Untersuchung nicht festgestellt werden.

Diese Stellen aus dem Bericht des Enqueteausschusses mögen genügen, um den obigen tendenziösen Tabellenauszug zu beleuchten.

Die Lohnverhältnisse im süddeutschen Baugewerbe

Weitere Ergebnisse der amtlichen Lohnerhebung

Als dritten Teil der im August 1929 durchgeführten amtlichen Lohnerhebung im Baugewerbe veröffentlicht das Reichsamt für Statistik nunmehr die Hauptergebnisse für die Vertragsgebiete in Süddeutschland (Bayern rechts des Rheins, Württemberg, Hohenzollern, Baden, Pfalz), Hessen und Hessen-Nassau. Erfasst wurden in 1839 Betrieben 45 733 Bauarbeiter über 19 Jahre. Das wesentliche Ergebnis, nach vier Größenklassen geteilt, zeigt die folgende Tabelle:

Männliche Arbeiter über 19 Jahre	München	Uebrige Großstädte	Mittelsstädte	Untere Ortsklassen
Durchschnittlicher Stundenverdienst in Rpfl.				
Maurer	157.4	137.8	130.9	110.0
Zimmerer	137.0	136.2	130.8	93.2
Bauhilfsarbeiter	113.2	112.3	107.7	82.7
Tiefbauarbeiter	112.6	107.3	102.7	74.3
Durchschnittlicher Tariflohnsatz in Rpfl.				
Maurer	136.0	134.6	130.0	110.1
Zimmerer	135.9	134.5	129.5	93.7
Bauhilfsarbeiter	112.0	111.4	107.3	83.4
Tiefbauarbeiter	112.0	105.3	101.0	72.4
Stundenverdienst im v. H. des Tariflohns.				
Maurer	115.7	102.4	100.7	99.9
Zimmerer	100.8	101.3	101.0	99.5
Bauhilfsarbeiter	101.1	100.8	100.4	99.2
Tiefbauarbeiter	100.5	101.9	101.7	102.6

Zusammenfassend wird in dem Bericht zu dieser Tabelle gesagt: „Abgesehen von den Maurern in München, die vielfach in Akkord arbeiten, haben die hier zur Erörterung stehenden vier wichtigsten Berufsarten des Baugewerbes in allen Ortsklassen durchschnittlich nur geringe Ueberschreitungen der Tariflohnsätze erzielt. In den Großstädten, außer München, betrug die Ueberschreitung im Höchstfall (bei den Maurern) nur 2,4 Prozent. In den untersten Lohnklassen ergaben sich sogar überwiegend Tarifunterschreitungen. Eine Ausnahme machen nur die Tiefbauarbeiter, die in den untersten Lohnklassen infolge Akkordarbeit durchschnittlich 2,6 Prozent über dem tariflichen Stundenlohn verdienen.“

Ohne der Leistung des Reichsamts für Statistik zu nahe treten zu wollen, muß leider gesagt werden, daß das Ergebnis dieser umfangreichen Arbeit nur sehr beschränkten Wert hat. Immerhin zeigen schon die obigen Zahlen in etwa, daß das Gerücht von den hohen Bauarbeiterlöhnen ein Unsinn ist. Das Reichsamt für Statistik sollte nunmehr aber auch endlich die viel zu hohe Reichsdurchschnittsziffer des Bauarbeitertariflohnes den wirklichen Verhältnissen entsprechend herabsetzen. Entscheidend für die Beurteilung des Ergebnisses der Lohnerhebung ist jedoch, daß sie ein zutreffendes Bild von den wirklichen Lohnverhältnissen gar nicht geben kann. Die Erhebung beschränkt sich nämlich auf eine Woche, und dazu noch in einem Monat sehr guter Beschäftigung. Zudem wird auch nur ein Teil der Bauarbeiter erfasst. Ein zutreffendes Bild würde nur entstehen, wenn die Erhebung sich auf ein ganzes Jahr erstreckte und alle Bauarbeiter erfaßte. Wie wir schon oft betont haben, läßt sich das Jahreseinkommen des Bauarbeiters nicht einfach aus dem Stunden- oder Wochenlohn errechnen. Raum ein anderes Gewerbe hat so unter Arbeits-

ausfallen zu leiden wie das Baugewerbe. Tatsächlich liegt infolgedessen der aus dem Jahreseinkommen errechnete Stundenlohn des Bauarbeiters ganz erheblich unter dem Tarifstundenlohn. Wir dürfen kaum fehlgehen, wenn wir behaupten, daß der tatsächliche Stundenlohn auch unter Einbeziehung der Arbeitslosenunterstützung noch keine Mark erreicht. Es wäre notwendig, daß das amtlicherseits immer wieder betont wird, damit aus dieser amtlichen Lohnerhebung keine falschen Schlüsse gezogen werden.

Der Kampf der Sozialdemokraten gegen die Sozialpolitik

Wahlversprechungen, und wie sie gehalten wurden

Reichstagswahl 1928! Lautsprecherwagen mit roten Fahnen und den Zeichen der Sozialdemokratie geschmückt ziehen durch die Straßen. Unablässig trommeln die Lautsprecher es jedem Vorübergehenden ins Hirn: „Nieder mit dem Panzerkreuzer!“ — „Her mit der Kinderspeisung!“ — „Krisenunterstützung so hoch wie Arbeitslosenunterstützung!“ Straßauf, Straßab, Tag für Tag. Der Wahlzettel für die Sozialdemokratie sollte den Himmel auf Erden vorbereiten.

Regierung Müller 1928 bis 1930. Was ist von all den Wahlversprechungen unter dem sozialistisch geführten Kabinett Müller übriggeblieben? Gar nichts! Die Aera Wiffell wich Schritt für Schritt zurück vor dem antisozialen Druck auf einem Gebiet, daß die Aera Brauns mühevoll errichtet und neugeformt hatte. Niemals, in keinem Jahre vorher ist der Druck der sozialen Reaktion so stark geworden und gewesen, wie unter dem weichen Kabinett Müller und unter dem ebenso weichen Arbeitsminister Wiffell.

Fassen wir nun einige sozialistische Wahlversprechungen heraus und sehen, was in Wirklichkeit daraus wurde.

Die Krisenfürsorge

Sozialdemokratie am 17. März 1928:

„Die Krisenfürsorge ist so zu gestalten, daß die Arbeitslosen, die die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung noch nicht erfüllt haben und deren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpft ist, für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit Unterstützung nach den Sätzen der Arbeitslosen erhalten.“

Am 10. Juli 1928 — nach dem Wahlkampf, die Regierung Müller sah gerade im Amt, — griffen die Kommunisten genau die gleiche Forderung auf. Was geschieht? Wiffell sprach in scharfer Weise dagegen, und im Plenum stimmte die Sozialdemokratie gegen ihre eigene Wahlforderung!

Anfang Februar 1929 wollte die Sozialdemokratie durch eine neue Forderung zur Krisenfürsorge einen agitatorischen Fißzug tun. Sie stellte folgende große Forderungen auf, in der Hoffnung, daß die bürgerlichen Parteien diese Forderungen zu Fall bringen und damit der Sozialdemokratie Agitationsmaterial liefern würden:

1. die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen,
2. die Bezugsdauer auf 52 Wochen allgemein zu verlängern,
3. die Bezugsdauer für Unterstützungsempfänger über 40 Jahre über die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auszudehnen.

Das war prächtig ausgefallen, und die Sozialdemokratie rieb sich in Voraussicht des agitatorischen Erfolges schon die Hände. Aber bei den Beratungen im sozialpolitischen Ausschuss erklärte das Zentrum, daß es für die Anträge der SPD. stimmen und damit die Mehrheit sichern wolle. Darauf größte Verärgerung bei der SPD. Das hatte man nicht erwartet, denn man wollte doch keine Mehrheit. Der Sozialist Anshäuser beantragte Vertagung. Nach Wiedereröffnung erklärte Anshäuser im Namen der sozialistischen Fraktion, daß er Punkt 1 und 2 des Antrages zurückziehe. Am 8. Februar fanden die Verhandlungen im Plenum statt. Die Kommunisten stellten den gesamten sozialistischen Antrag erneut zur Abstimmung. Und die Sozialisten? In namenhafter Abstimmung stimmten alle Sozialisten gegen ihren eigenen Antrag!

Die „allgemeine Gewährleistung der Krisenunterstützung“ durch den sozialistischen Arbeitsminister Wiffell sah so aus, daß er durch eine Verordnung vom 22. Februar 1929 die Berufsgruppen Bergbau, chemische Industrie, Zellstoff- und Papierherstellung, Metallgewerbe, Getreidewerbe u. a. ausdrücklich aus der Krisenfürsorge ausschloß.

Die Arbeitslosenversicherung

Die sozialistische Regierung Müller hat die Arbeitslosenversicherung „reformiert“. Am 25. April 1929 erklärte der sozialistische Finanzminister Hilferding bei Beratung des Haushaltsgesetzes:

„Daher glaube ich, wie ich Ihnen in meiner Rede heute bemerkt im Haushaltsauschuss

betont habe, daß die Aenderung des Arbeitslosengesetzes eine dringende Notwendigkeit ist.“

Bei dieser „Reform“ brauchen wir nur auf die Einführung der §§ 89a und 107a in der Arbeitslosenunterstützung hinzuweisen. Besonders der § 89a hat sich in ländlichen Gebieten außerordentlich nachteilig für die Arbeiterschaft bemerkbar gemacht. Der § 107a zwingt die Arbeiterschaft der höheren Lohnklassen (von Lohnklasse 7 an aufwärts), nach ihrer Lohnklasse die Versicherungsbeiträge zu bezahlen, aber die Unterstützungssätze werden ihr nur nach tieferliegenden Klassen gewährt.

In peinliche Verlegenheit brachte sie der Abgeordnete Pfeiffer am 8. April 1930 mit folgender Feststellung:

„Was wir morgen im Ausschuss vorschlagen werden, enthält nichts anderes als das, was auch von dem damaligen Reichsfinanzminister Müller, von dem damaligen Minister des Innern Sebering und von dem damaligen Reichswirtschaftsminister Schmidt anerkannt worden ist.“

Was heute in der Notverordnung vorliegt, ist gar nichts anderes, als was im sozialistischen Kabinett Müller unter Wiffells Arbeitsministerium schon ausgearbeitet worden ist.

Das Arbeitsrecht

Wichtige Positionen des Arbeitsrechts sind unter der Aera Müller in Gefahr gekommen. Der Einmännerschiedspruch (der Stimmentscheid des Schlichters allein) war durch den Nordwestkonflikt 1928 unterminiert worden. Das Reichsarbeitsministerium hat diese Frage ruhig laufen lassen, trotzdem gerade im Jahre 1930 große soziale Konflikte im Bereich der Möglichkeit liegen. Die Verbindlichkeitszerklrung von Schiedsgruppen ist hart umkämpft. 1928 hat sich die Nordwestgruppe einfach darüber hinweggesetzt. Zur Klärung und Entscheidung der Sachlage ist kaum etwas geschehen.

Die Invalidenversicherung

Die Invalidenversicherung wurde unter der sozialistischen Regierung erheblich geschwächt. Die Regierung Müller hat in steigendem Maße die Mittel der Invalidenversicherung an sich zu ziehen versucht. Der sozialistische Finanzminister Hilferding besonders suchte die Gelder der sozialen Versicherungsträger zur Auffüllung des Reichsschatzels zu verwenden. Man machte einfach Zwangsanleihen bei der Invalidenversicherung. Der Invalidenversicherung wurde 1929 der reichsgesetzlich zustehende Reichszuschuß von 164 Millionen RM. statt in bar in Reichsschuldenscheinen, einlösbar 1935, gegeben. Statt notwendigem Ausbau der Invalidenversicherung hat die sozialistische Regierung die bisherigen Gelder beschränkt. Wir hätten nur einmal den Spektakel in der sozialistischen Presse erleben wollen, wenn sich das in einer sozialistischen Regierung zugetragen hätte.

Das ist ein kleiner Auszug aus dem zweijährigen Kampf der Sozialdemokratie gegen die Sozialpolitik. Aber die angeführten Punkte zeigen schon zur Genüge, was aus den Wahlversprechungen der Sozialdemokratie geworden ist.

Nicht anders wird es diesmal.

Eine Arbeiterpartei?

Die Sozialdemokratie spricht jetzt während des Wahlkampfes in fast allen ihren Verlautbarungen mit sehr viel Eifer von sich als der Partei des arbeitenden Volkes; sie bekommt plötzlich starke proletarische Anwandlungen. Die sonst in den Hintergrund gedrängten Schlagworte vom Klassenkampf, von der sozialistischen Wirtschaft, von der endgültigen Ueberwindung des Kapitalismus usw. treten gegenwärtig wieder stark in den Vordergrund. Der Abstand zwischen der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse im Sozialismusgerede ist merklich geringer geworden, wenngleich auch der Kampf zwischen beiden nicht an Heftigkeit verloren hat. Kurz: die Sozialdemokratie bemüht sich recht krampfhaft, vor den Massen ihrer Wähler ein proletarisches Gesicht zu zeigen.

Sie hat alle Veranlassung dazu. Trotz des jetzt so wüsten Schimpfens auf alles, was „bürgerlich“ ist, hat die fortschreitende Verbeamtung der Sozialdemokratischen Partei zu einer Verspießung geführt, die dem Gesicht einer Arbeiterpartei nicht entspricht. Das zahlenmäßige Verhältnis der Mitglieder zueinander hat sich immer mehr zu Ungunsten der Arbeiter entwickelt. Dabei ist zu beachten, daß der Einfluß der Mitglieder, die Beamte sind oder sich in beamtenähnlichen Stellungen befinden, oder die als Rechtsanwälte, Schriftsteller in der Partei wirken, naturgemäß ein bedeutend größerer ist als der Einfluß der arbeitenden Massen.

Diese grundlegende Aenderung im Mitgliederbestand der Sozialdemokratischen Partei hat auch ihrer Politik das bekannte doppelte Gesicht gegeben.

Wer glaubt, die Zurückdrängung des proletarischen Charakters der Sozialdemokratischen Partei sei abgeschlossen, der irrt sich sehr. Der sich nur ein

wenig in Beamtenzirkeln umhört, der stellt gleich fest, daß viele Leute glauben, sich im Interesse ihres besseren Fortkommens das Mitgliedsbuch der Sozialdemokratischen Partei erwerben zu müssen.

Ein Blick auf die Universitäten zeigt gleichfalls die starke Neigung vieler Studierenden zur Sozialdemokratischen Partei. Auf fast allen deutschen Universitäten gibt es sozialdemokratische Studentengruppen. Im Jahre 1923 gründeten sieben Studenten eine Vereinigung sozialdemokratischer Akademiker, heute hat, so wird behauptet, die sozialdemokratische Studentengruppe mehr Mitglieder als alle anderen politischen Studentengruppen zusammen. Berlin allein zählte in diesem Jahre 500 Namen in der Mitgliederliste der sozialdemokratischen Studentengruppe. Ob das alles so alle ehrliche Idealisten sind wie die Männer mit der schweißigen Faust . . . ?

Wer behauptet, daß es sich hier ausschließlich um studierende Söhne von Arbeitern handelt, täuscht sich und andere. Nur 15 Prozent dieser Studenten stammen von Arbeitereltern, 85 Prozent aus den Kreisen des jetzt im Wahlkampfe so gelästerten Bürgertums.

Wie flüchtig hier die Grenzen schon zum großen Teil geworden sind, geht aus der Tatsache hervor, daß die Tochter des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Schacht bis zu ihrer vor kurzem erfolgten Heirat Führerin der sozialdemokratischen Studentengruppe der Universität Heidelberg war. Die Tochter Schachts ist seit Jahren eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Die Verbindung war auch so eng, daß sie sogar einige Zeit in der „Vorwärts“-Redaktion als Volontärin tätig war. Ihr Mann, ein Herr von Scherpenberg, ist ebenfalls Sozialdemokrat. Daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid, bei der Trauung der Tochter des Reichsbankpräsidenten als Trauzeuge fungierte, sei nur der Vollständigkeit halber noch erwähnt. Auch Breitscheid steht seiner Herkunft nach den Kreisen von Schacht viel näher als den Arbeiterkreisen; was die Sozialdemokraten natürlich nicht daran hinderte, ihm den Vorsitz der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu übertragen. Im Wahlkampf aber werden die Begriffe Bürgerblut und Arbeiterpartei konstruiert, um Gefühlsempfindungen zu erwecken. In Wirklichkeit haben in dieser „Arbeiterpartei“ die Arbeiter am wenigsten, sogenannte Intellektuelle aus anderen Gesellschaftsklassen das meiste zu sagen.

Ein böser christlicher Arbeiterführer

Sachliche Auseinandersetzungen sollen von persönlichen Fragen unbeschwert bleiben. Leider handeln unsere Sozialdemokraten nur dann danach, wenn Unzulänglichkeiten auf der eigenen Seite zu bedecken sind. Gegen den wirtschaftlichen und politischen Gegner handeln sie nach dem altbekannten Grundsatz, ihn kräftig anzuschwärzen, es bleibt dann schon etwas hängen. Zur Entlastung ihrer Prachtblindgänger Hilferding und Wiffell hauen sie fest auf die Regierungskleute, die der christlichen Arbeiterbewegung entstammen.

Stegerwald war ihnen zeitlebens ein Dorn im Auge. Dr. Brauns sieht verflucht vorteilhaft von seinem ersten Amtsnachfolger ab. Koalitionsminister werden immer in ihren Handlungen durch die Koalitionspartner eingeeengt. Die christliche Arbeiterbewegung kann deshalb nie für jede einzelne Handlung eines aus ihrer Bewegung hervorgegangenen Ministers verantwortlich gemacht werden. Sie hat aber auch keinen Grund, abzurücken und Verleumdungen stillschweigend zu übergehen. Letzten Endes soll ja auch die Verleumdung unserer Bewegung Schaden. Es ist interessant, welche Werturteile ruhig denkendere Sozialisten über Stegerwald fällen.

Der Sozialist Erkelenz, M. d. N. und führender Mann in der Hirsch-Dunderschen Bewegung, schreibt in einem längeren Artikel über die Sozialversicherung auch etwas über den Arbeitsminister Stegerwald („Regulator“, 18. 7. 1930). Wir möchten die Worte dieses Sozialisten unseren Lesern nicht vorenthalten, weil sie ein Bild über Stegerwald geben, das um so besser wirkt, weil es aus der Feder eines Gegners stammt. Erkelenz schreibt:

„Herr Mann Stegerwald ist einer der führenden Männer des Kabinetts Brüning. Vielleicht ist er aus dem ganzen Kabinett derjenige, der am meisten motorische Kraft hat und am wenigsten geneigt ist, die Dinge treiben zu lassen. Stegerwald ist ein Mann von Kenntnissen und Energie. In der Hauptsache ist er es, der in der Zeit von etwa 1900 bis heute die christlichen Gewerkschaften stark gemacht und ihnen in der Öffentlichkeit ein beträchtliches Echo verschafft hat. Er kann etwas, und er ist nicht nur ein ehrlicher, offener Charakter, sondern er kämpft auch offen für seine Anschauungen und unterwirft sich niemandem, der falsche Wege geht. So ist Stegerwald eine erkennliche Erscheinung in unserem öffentlichen Leben. Und die Gewerkschaften aller Richtungen können sich darüber freuen, daß aus ihrem Lager ein Mann von solcher Qualität aufgestiegen ist.“

„Stegerwald ist kein Nachbeter und Nachtreter. Er hat eigene Gedanken und auch einen eigenen Kopf. Er gehört auch nicht zu denjenigen Führern, die stets hinter ihrer Bewegung herlaufen. Er weiß, daß die Pflicht des Führers nicht bloß damit erfüllt wird, daß man den Geführten das sagt, was sie gern hören. Stegerwald hat im Laufe der Jahre immer wieder gezeigt, daß er nicht an alten Anschauungen klebt, bloß weil sie gern gehört werden. Er hat seinen Anhängern auch oft neue Gedanken zugemutet, und er liebt es, an dem, was alle Menschen glauben, herumzukritisieren und auf Ueänderungen zu drängen. Insofern muß man Herrn Stegerwald zugeben, daß er mehr Mut hat als manche Führer der freien Gewerkschaften, die sich nicht von dem Gedanken lösen können, daß heute immer wieder dasselbe gesagt werden müßte, was seit einem halben Jahrhundert gesagt wird.“

Das hört sich ganz anders an, als was verbissene Sozialisten über Stegerwald verzapfen. Auch der objektivste Gegner muß anerkennen, daß Stegerwald das Beste für die Arbeiterchaft will.

Lebensfragen

Willst du des Lebens Sinn versteh'n,
So mußt du in die Lehre geh'n,
Mußt üben, wägen, nicht aufgeben,
Aus tiefem Grund dein Schicksal heben.

So sagt der Dichter und so ist's recht.

Wir fühlen uns heute inmitten der menschlichen Gesellschaft dauernd von der Gefahr umdroht, im brutalen Existenzkampfe zermalmt zu werden. Unser Leben spielt sich in einem Tempo ab, daß uns zur Selbstbesinnung fast keine Zeit bleibt.

Viele Tausende unserer Brüder sind seit Jahr und Tag ohne ordentlichen Erwerb, und der übrige Teil fühlt sich als Rad in dem Treiben der großen Maschinerie, in dem jederzeit ein Zahn ausbrechen kann, der dann bedingt, daß die Maschine für einige Zeit oder vielleicht sogar ganz zum Stillstand kommt.

Es ist nicht leicht, sich in dieser Situation, in die das Schicksal uns gestellt hat, zurechtzufinden. Trotzdem dürfen wir als christliche Arbeiter unsere Wesensbestimmung darüber nicht vergessen.

Wenn heute viel von einer Massenentseelung des deutschen Volkes gesprochen und geschrieben wird, dann hat dies seine Gründe. Wie mancher läßt sich von Schlagworten beherrschen; wie mancher begnügt sich mit Zeitungsüberschriften oder sucht gar Trost im Alkoholgenuß. Auch mit Kino und Rundfunk können unsere geistigen Bedürfnisse dauernd nicht befriedigt werden. Aller Materialismus der heutigen Zeit vermag den Trieb in unserem Innersten nach Geselligkeit und Harmonie, nach Berufserfüllung nicht zu ersticken.

Manchen hören wir sagen: „Ich habe keinen Beruf“, und er meint damit ein Handwerk. Diese Auffassung ist irrig, denn auch die niedrigste Arbeit wird zum Beruf, wenn sie als gottgewollt und als Dienst an der Gemeinschaft vollbracht wird. Unsere Arbeit muß also einen ideellen Charakter haben. Dabei wollen wir nicht verkennen, daß auch wir arbeiten, um leben zu können. Letzteres darf aber nicht allein der Zweck sein; es muß mit dem ersteren verbunden sein, denn sonst wäre uns die Arbeit nichts anderes als ein notwendiges Uebel, so etwa wie dem materialistischen sozialistischen Arbeiter. Der sozialistische Arbeiter kennt keine Arbeit im gottgewollten Sinne, weil er Gott verleugnet. Mehr denn je bringen die sozialistischen Zeitungen dies heute zum Ausdruck. Man verspottet den Bestimmungszweck des Menschen und damit die Auffassung vom christlichen Berufsgedanken.

Der „Grundstein“, Nr. 28, 1930, gibt hierzu im Unterhaltungsstil einem Max Wollmann das Wort. Dieser behandelt im Simplizissimusjargon: „Die Ur-ahnen!“ Nach 18 Verszeilen kommt er zu dem Ergebnis:

„Der Mensch verdankt sein Dasein einer Paarung, Des Drang-Utan mit dem Krotodil!“

Darwin und Haeckel sind in ihrer Abstammungslehre überholt; Wollmann hat's... Ueber die in dem Erguß liegende Geschmackslosigkeit wollen wir nicht rechten.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß nur wenige Baugewerksbündler die Lehre Darwins für ernst nehmen. Wundern muß man sich nur darüber, daß es heute noch so viele christliche Arbeiter gibt, die einer solchen Organisation angehören, die ihre Weltanschauung verspottet.

Fragen wir nun nach dem Kern des Übels, dann kommen wir wieder auf das, was schon gesagt wurde: „Man liest nur Zeitungsüberschriften.“ Würden alle christlich überzeugten, aber freigewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter den „Grundstein“ lesen, und an diesen Köstern nicht vorbeisehen, dann würden sie bald den Weg zu ihrer wahren Berufsorganisation, dem christlichen Bauarbeiterverband gefunden haben.

Die Ablehnung des Snobismus ist aber keine Anerkennung des Fatalismus. Es ist auch verkehrt, alle Willkür der anderen als unabänderliches Geschick hin-

zunehmen; vielmehr ist es Pflicht eines jeden, für sein Recht zu kämpfen. Dies verlangt der christliche Berufsgedanke. Wir haben auch für unsere Ideen aktiv zu wirken. In der Versammlung, am Bau, im Bekanntenkreis. Gar häufig hören wir von sonst ganz aufgeweckten Leuten: Unser Sohn ist noch zu jung, später darf er dem Verband beitreten, wenn er mal aus der Lehre ist. Das ist falsch. Aus eigener Erfahrung weiß man, daß die Jugend ein besonderes Feingefühl für Recht und Unrecht hat. Wenn sich das junge Herz dann aufbäumt gegen Ungerechtigkeiten, die ihm begegnen und der junge Mensch dann in einer christentumsfeindlichen Organisation landet, so sind die Schuld, die seinen rechtzeitigen Beitritt zu unserm Verband verhinderten.

Es ist auch Pflicht der konfessionellen Jugendvereine, alles daranzusetzen, die Jugend frühzeitig in die Ideenwelt der christlichen Gewerkschaften einzuführen. Es wäre auch verkehrt, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß man da, wo Jugendliche aller Stände vertreten sind, über diese Dinge nicht reden könne, wie man wolle. Es ist sogar notwendig, daß auch die Jugendlichen anderer Stände hören, was wir wollen, damit sie nicht, wie so viele, in uns und unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung den „bösen Feind“ erblicken. Sie müssen frühzeitig erkennen, daß der Arbeiter gleich ihnen Werte schafft für die Menschheit und daß jede Arbeit zum Beruf wird, wenn sie im gottgewollten Sinne verrichtet wird. Sie müssen aber auch frühzeitig erkennen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht wie die „freie“ nur materielle Werte erstrebt, sondern daß sie auch ihr Bestes tut, dem christlichen Berufsgedanken zu dienen und damit der körperlichen Arbeit sittlichen Inhalt zu geben.

Wir haben die Pflicht, nicht nur Mitglieder, sondern auch Mitarbeiter geistiger Art in unserer Bewegung zu sein. W. St.

Die Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung 1929

Von H. Wartsch-Verlin

In der deutschen wie auch in der internationalen Sozialversicherung hat sich in der Nachkriegszeit mehr und mehr der Gedanke durchgesetzt, daß Vorbeugen besser und billiger als Heilen ist, und daß die auf solche Weise erhaltene Arbeitskraft ein volles eigenes Guthaben bildet. Der Grundsatz, daß zum Wesen der Sozialversicherung außer der Hebung der materiellen Lage des Versicherten und seiner Familienangehörigen auch die gesundheitliche Förderung, und zwar sowohl durch Heilung eingetretener Schäden als auch durch Schadensverhütung gehört, wird in der deutschen Rentenversicherung seit den Jahren ihres Bestehens anerkannt. Invaliden- und Angestelltenversicherung, die als Träger dieser Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung in erster Linie in Frage kommen, sind zur Durchführung entsprechender Maßnahmen gesetzlich nicht verpflichtet. Nichtsdestoweniger werden diese freiwilligen Leistungen in keiner Weise vernachlässigt; die dafür aufgewandten Mittel sind im Gegenteil ganz erheblich. Sie betragen im Jahre 1929 in der Invalidenversicherung nicht weniger als 131 Millionen RM. und in der Angestelltenversicherung 23,5 Millionen RM. Die auf den Kopf des Versicherten für die Gesundheitsfürsorge entfallenden Kosten sind in der Angestelltenversicherung mit 6,91 Reichsmark etwas niedriger als in der Invalidenversicherung, wo sie 7,36 RM. betragen.

Daß diese Aufwendungen auf die Kreditseite des Gesundheitsbilanz des deutschen Volkes zu buchen sind, zeigt deutlich ein Bericht über die Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung, den das Reichsversicherungsamt als Sonderdruck zum Reichsarbeitsblatt kürzlich herausgegeben hat.

Danach wurden von dem Gesamtkostenaufwand von 131 Millionen RM. (1913: 41,4, 1925: 53,6 Millionen RM.) 76,8 Millionen RM. für Heilverfahren, die die infolge einer Erkrankung drohende Invalidität eines Versicherten oder einer Witwe abwenden sollen (§ 1269 Reichsversicherungsordnung), ausgegeben. 30 Millionen RM. wurden für allgemeine Maßnahmen zur Verhütung vorzeitiger Invalidität und zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse in der versicherten Bevölkerung aufgewendet. Hausgeld für die Angehörigen eines Erkrankten während der Dauer seines Heilverfahrens wurde in Höhe von 10,6 Millionen Reichsmark gezahlt. Die Zinsnachlässe bei gemeinnützigen Vermögensanlagen belaufen sich auf 7,7 Millionen RM. und die Mehrleistungen zum wirtschaftlichen Nutzen der Rentempfänger und der Versicherten auf 3 Millionen RM. Für Invaliden- und Waisenfürsorge wurden rund 2 Millionen RM. ausgegeben.

Den Trägern der Invalidenversicherung lagen im Jahre 1929 282 779 Anträge auf ständige und 300 603 Anträge auf nichtständige Behandlung vor. Von den ersteren wurden 62,5 Prozent, von den letzteren 78,1 Prozent genehmigt. Die entspre-

henden Verhältniszahlen der Angestelltenversicherung sind günstiger. Sie betragen 63,2 bzw. 90,4 Prozent. Die Zahl der in der Invalidenversicherung behandelten Personen ist seit dem Jahre 1897 in ständigem Steigen begriffen und belief sich im vergangenen Jahre auf 389 716.

Im Vordergrund des Wirkens der Versicherungsanstalten steht der Kampf gegen die Volksseuchen: Tuberkulose, Diphtherie, Geschlechtskrankheiten. Von den behandelten Personen litten 64 605 = 16,4 Prozent an diesen Krankheiten. Die für ihre Heilung verwendeten Mittel machen aber 42,1 Prozent der gesamten Heilbehandlungskosten aus. Erfreulicherweise geht die Zahl der Todesfälle durch Tuberkulose in Deutschland seit Beendigung des Krieges ständig zurück. Das äußert sich natürlich auch bei den Heilverfahren, deren Zahl von rund 49 000 im Jahre 1926 auf etwa 40 000 im Berichtsjahre gesunken ist. Die Zahl der wegen Geschlechtskrankheiten behandelten Personen ist dagegen von 11 630 im Jahre 1925 auf 23 433 im vergangenen Jahre gestiegen. Dies ist weniger auf eine stärkere Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten als darauf zurückzuführen, daß das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu einer größeren Erfassung der Krankheitsfälle geführt hat. Der größte Teil der behandelten Personen (325 111) litt, wie der Bericht sagt, an „anderen Krankheiten“. Als solche Krankheiten, die besonders an der Volksgesundheit zehren und denen die Versicherungsträger besondere Beachtung schenken, werden angesehen: Krebskrankheiten, rheumatische Erkrankungen, Erkrankungen des Herzens, der Nerven, der Verdauungsorgane usw. Auch Erschöpfungs- und Frauenkrankheiten gehören hierher. 96 100 Personen erhielten ein Heilverfahren in einer Anstalt, 229 011 befanden sich in nichtständiger Heilbehandlung. Die Durchschnittskosten eines ständigen Heilverfahrens wegen Lungen- und Kehlkopftuberkulose betragen für Männer 845,25 und für Frauen 732,67 RM., die durchschnittliche Dauer 81 und 94 Tage. Die entsprechenden Zahlen bei einem Heilverfahren wegen „anderer Krankheiten“ sind 377,46 bzw. 312,74 RM. und 36 bzw. 39 Tage.

Die Heilbehandlung hatte den erhofften Erfolg bei Tuberkulose in etwa 80 Prozent, bei Geschlechtskrankheiten in 96 Prozent und bei anderen Krankheiten in etwa 94 Prozent der Fälle. Diese Zahlen sind als ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis zu bezeichnen.

Zur Durchführung der Heilverfahren standen der Invalidenversicherung im Berichtsjahre 122 eigene oder gemietete Heilstätten zur Verfügung.

Der auf Grund des § 1274 der Reichsversicherungsordnung ausgegebene Betrag von 30 Millionen Reichsmark deckt die Kosten aller Maßnahmen, die über den Rahmen des Einzelfalles in der eigentlichen Gesundheitsfürsorge hinausgehen, also einer Mehrheit von Personen und der Allgemeinheit zugute kommen. Stärker als in den Vorjahren wurde die Fürsorge für Nichtversicherte, die Tuberkulosefürsorge, die Geschlechtskranken- und die Trinkerfürsorge unterstützt. Das gleiche gilt für den Mutterchutz, die Säuglingsfürsorge und die Maßnahmen für hygienische Volksbelehrung usw. Der Bekämpfung der Tuberkulose bei nichtversicherten Familienangehörigen und Jugendlichen wurde auch in diesem Rahmen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die hierfür aufgewendeten Mittel belaufen sich auf 13,2 Millionen RM., während für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 2,4 Millionen RM. ausgegeben wurden. Im Berichtsjahre wurden in 265 Beratungsstellen für Geschlechtskranke 203 597 Personen beraten. 6,8 Millionen RM. wurden für Kinderfürsorge ausgegeben. Behandelt wurden etwa 14 000 Nichtversicherte und rund 62 000 Kinder. In der Fürsorge für Waisenrentenempfänger befanden sich 2801 Kinder, die überwiegend an Tuberkulose litten.

Um zu vermeiden, daß die Lebenshaltung von erkrankten Versicherten durch allzu hohe Mieten noch weiter gedrückt wird, werden von den Landesversicherungsanstalten häufig Mietzuschüsse gegeben, und zwar entweder direkt oder in Form von verbilligten Krediten an Baugenossenschaften, Einzelmieter usw. Der Zinsverlust, der hierdurch entsteht, ist rechnerisch natürlich nicht genau zu erfassen. Er dürfte sich aber immerhin auf etwa 7 Millionen RM. belaufen.

Für unsere arbeitsinvaliden Berufskollegen

Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß heute für die Arbeitsinvaliden eigene Organisationen in ähnlichem Aufbau wie die Gewerkschaften bestehen. Die sozialistischen Bestrebungen auf Ausnutzung der Vorlage der Arbeitsinvaliden für parteipolitische Ziele haben ihren Ausdruck darin gefunden, daß die ursprünglich auf neutraler Grundlage aufgebaute Invaliden- und Kleinrentnerorganisation den sozialistischen Bestrebungen dienstbar gemacht wurde. Man leugnet das, genau wie bei den freien Gewerk-

schaften bei der Agitation zwar gern weg, hier und da zeigt man aber doch das wahre Gesicht.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete August Karsten, Vorstand des sozialistischen Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden Deutschlands, hat nun frei und offen bekannt, daß er die Mitglieder seines Invalidenverbandes zu Sozialdemokraten machen will. Auf der Ende April dieses Jahres zu Wien stattgefundenen Generalversammlung des österreichischen sozialistischen Unfallrentnerverbandes führte Karsten u. a. aus („Der Unfallrentner“ Nr. 2 vom Mai 1930, Erscheinungsort Wien): „Wenn wir die Rentner sammeln und sie weiterführen auf dem Wege der kulturellen Arbeiterbewegung, leisten wir dieser einen hervorragenden Dienst. Wenngleich unsere Organisation parteipolitisch neutral ist, so sind wir dennoch nicht politisch neutral; denn alles, was wir tun, ist politisch, und ich bin der Auffassung, daß wir uns trotzdem nicht offen zu einer politischen Partei bekennen sollen.“

„Als all unseren Handlungen aber soll sich ergeben, daß alle unsere Mitglieder sozialdemokratisch denken und fühlen und zur gegebenen Zeit sozialdemokratisch wählen. Dann ist alles, was wir tun, politisch und alle Arbeit, die wir verrichten, „sozialdemokratisch“. „Bei euch, bei uns und auch anderswo sind es die Sozialdemokraten, die für die Interessen des arbeitenden Standes eintreten; in keinem Parlament hat sich außer den Sozialdemokraten eine Stimme für die Arbeiterschaft erhoben. Erklären wir unsere Organisation als eine parteipolitische, so würde uns das unsere Arbeit sehr erschweren. Aus den Mitgliedern werden wir schon Sozialdemokraten machen, wenn sie es noch nicht sind!“

Die Taktik des sozialistischen Invalidenverbandes ist also, nach außen sich parteipolitisch neutral zu zeigen, die Mitglieder aber durch Wort und Schrift zu Sozialdemokraten zu machen.

Soweit invalide Kollegen unseres Verbandes noch besondere Bedürfnisse für Anschluß an eine Invalidenorganisation haben, kommt nur der Bund christlicher Arbeitsinvaliden Deutschlands in München, Pestalozzistraße 1 (Seehaus) in Frage. Diese Organisation ist die anerkannte und gegenständig arbeitende Einrichtung für die christlich-nationalen Invaliden und Kleinrentner.

Die Wohnungswirtschaft in Preußen

Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Preussischen Wohlfahrtsministeriums hat Wohlfahrtsminister Dr. Hirtstiefer ein 562 Seiten starkes Buch über die Wohnungswirtschaft in Preußen herausgegeben. Die Arbeit soll, wie der Herausgeber sagt, nicht etwa eine Rechtfertigung der preussischen Wohnungspolitik sein, sondern sie soll, gestützt auf ein umfangreiches Quellenmaterial und reiche Erfahrung in erster Linie aufklärend wirken über bisher Erreichtes, darüber hinaus aber auch die Möglichkeit bieten, Schlüsse für die weitere Entwicklung der staatlichen Wohnungspolitik zu ziehen.

Hirtstiefer beurteilt die Dinge weder vom Standpunkt des Mieters noch des Vermieters, sondern von höherer Seite. Das Buch atmet sozialen Geist. Es übt nicht nur scharfe Kritik an der Wohnungsversorgung vor dem Kriege, es verfolgt auch die Reformbestrebungen bis zum Wohnungsgesetz vom 28. März 1918, zeichnet die Einwirkung des Krieges auf die Wohnungsversorgung, behandelt die Praxis des Wohnungsbaues (Technik des Wohnungsbaues), führt die Träger des Wohnungsbaues an (privates Unternehmertum, gemeinnütziger Wohnungsbau, provinzielle Wohnungsfürsorgegesellschaften). Besonders umfangreich und bedeutsam ist das Kapitel über die Bekämpfung der Wohnungsnot als Staatsaufgabe.

Schon vor dem Kriege war Hirtstiefer ein eifriger Befürworter einer gesunden Wohnungsreform. Auf dem deutschen Arbeitertag und auf Tagungen der christlichen Gewerkschaften hat die christliche Arbeiterchaft oft mahrend ihre Stimme erhoben und Vorschläge zur Besserung gemacht.

Keine der maßgebenden Stellen raffte sich mangels klarer Erkenntnis zu entschlossenem planmäßigem Handeln auf, überließ die Beschaffung des erforderlichen Wohnraumes fast ausschließlich der Privatinitiative, die auf weitgehenden Eigennutz eingestellt war. Die damals maßgebenden Stellen sind von Schuld nicht freizusprechen, daß die Reformbestrebungen in einer Zeit aufsteigender Wirtschaft, wo die Möglichkeit und die Mittel zur Verwirklichung der erstrebten Ziele gegeben waren, nicht die notwendige Beachtung fanden.

Dagegenüber verweist der Minister darauf, daß der gemeinnützige Wohnungsbau eine soziale Mission erfüllt, als er die breiten Massen, die bis dahin teilnahmslos und tatenlos der Wohnungsnot gegenüberstanden, zur Erkenntnis ihrer Lage und zu gesundem Gemeinheitsgefühl anrüttelte, das zur

Selbsthilfe und bei den Baugenossenschaften auch zur Selbstverwaltung führte.

„Der gemeinnützige Wohnungsbau hat ferner nicht nur tatkräftig der Wohnungsnot entgegen gewirkt, sondern er hat auch die neuzeitlichen Bestrebungen reformerischer Art zur Hebung des Wohnungswesens in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung in erheblichem Maße verwirklicht. Er hat also das Verdienst, die Wohnungsfrage gegenüber vielfachen theoretischen Erörterungen praktisch in Angriff genommen zu haben. . . Die vorbildlichen Leistungen wirkten vielfach anregend auf die private Bautätigkeit.“

Auch das Verdienst, das die Bodenreformer um die Behebung der Wohnungsnot und die Besserung der Wohnverhältnisse haben, wird rühmend hervor gehoben.

Die Einwirkung des Krieges auf die Wohnungsversorgung ist noch in Erinnerung. Ein völliger Stillstand der Wohnungsbautätigkeit war schließlich das Ende. Aus diesen Verhältnissen heraus wurden die „Zwangsmassnahmen“ geboren. Es war geradezu selbstverständlich, „daß trotz größter Schwierigkeiten die öffentlichen Gewalten den auf die Dauer unerträglichen Folgewirkungen der Wohnungsnot mit Nachdruck begegnen mußten: durch Mieterchutz, Mietzinsregelung, öffentliche Bewirtschaftung des Wohnraums und vor allem durch eine staatliche Förderung des daniederliegenden Wohnungsbau“. Eingehend werden die gesetzgeberischen Maßnahmen geschildert und gezeigt, was geleistet wurde. Umfangreiches Zahlenmaterial zeigt die verheerenden Folgen der Wohnungsnot und des Wohnungselends.

Seit Jahren kämpfen Interessenten um die restlose Beilegung der Wohnungszwangswirtschaft. Minister Hirtstiefer ist kein grundsätzlicher Anhänger der Wohnungszwangswirtschaft. Er hält sie aber aus den gegebenen Verhältnissen heraus für notwendig. Er sagt auch, wie er sich die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft denkt:

„Die erstrebte Aufhebung der ebenso lästigen wie notwendigen Zwangsbewirtschaftung wird nur, wie ausgeführt wurde, schrittweise in dem Maße erfolgen können, wie der Wohnungsmangel mengenmäßig behoben werden kann. Ein plötzlicher Abbau ist angesichts der unliebsamen Folgen in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Beziehung undenkbar. . . Wenn nach Ueberwindung der Zwangswirtschaft schließlich die private Bautätigkeit sich wieder frei entfalten können, so wird doch die staatliche Wohnungsfürsorge für die minderbemittelten Schichten nicht mehr entbehrt werden können.“

Damit bekennt sich Hirtstiefer zu einem sozialen Mietrecht nach Aufhebung der heutigen Wohnungszwangswirtschaft. Er gibt auch das Ziel der Wohnungspolitik an: die einwandfreie und zugleich erschwingliche Kleinwohnung für die breiten Schichten unseres Volkes. Dabei gibt er dem eigenen Häuschen den Vorzug, „dessen Verwaltung schon zu nüchternem und verständigem Denken und Beurteilen der wirtschaftlichen Verhältnisse und Möglichkeiten führt“. Das Einfamilienhaus bezeichnet er als ein ausfühbares Ideal, das auch für einen Teil der Arbeiterschaft kein unerreichbares Ziel bildet. Es wird ersparungsgemäß auch das ganze wirtschaftliche und politische Denken der Bevölkerung im günstigen Sinne beeinflussen. In diesem Zusammenhang erwähnt er die Bedeutung der Bauiparkassenbewegung zur Finanzierung des Eigenheimbaues. Der Wohnungsbautätigkeit kommt auch noch eine andere Bedeutung zu, weil das beschäftigte Baugewerbe als Schlüsselgewerbe eine wichtige Mithilfe zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft leisten könne.

„Der Wohnungsbau ist zu einem wichtigen Bestandteil staatlicher Sozialpolitik geworden. Damit ist zugleich eine früher egoistisch-individualistische Zeit der Wohnungswirtschaft mit ihrer Willkür und ihrem Zufall, ihren ausschließlich spekulativ eingestellten Kräften und deren Zerpfitterung endgültig überholt. Zur Erfüllung des Artikels 155 der Reichsverfassung hat der Staat betonen nunmehr die Führung zur Lösung der Wohnungsfrage übernommen.“

Dieses Buch, das nicht nur eine ungeheure Fülle von Zahlenmaterial und die Angabe von gesetzgeberischen Maßnahmen enthält, sondern auch programmatische Darlegungen, müßte von jedem gelesen werden, der sich mit der Wohnungspolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik beschäftigt.

Joseph Treffert.

Kollegen, lest den

„Deutschen!“

1. Die Wohnungswirtschaft in Preußen von Dr. med. h. c. Hirtstiefer. Preussischer Minister für Wohlfahrtsangelegenheiten, 562 Seiten, in Ganzleinen gebunden 12 M., gebunden 10 M. Verlagsgesellschaft A. Müller u. S. O. Gernsheim.

Störung durch den Gewerkschaftssekretär verboten

Der Unternehmer Wilhelm Köster, Castrop-Rauxel, glaubte in einem Termin vor dem Arbeitsgericht in Dortmund am 8. August feststellen zu müssen, daß der Gewerkschaftssekretär, der den Kläger vertrat, deshalb so hartnäckig sei, weil er sonst nichts zu tun hätte. Herr Köster würde es sicher eine besondere Genugtuung bereiten, wenn dieser hartnäckige Gewerkschaftssekretär arbeitslos würde. Es könnte dann auf dem Entlassungsschein heißen: „Entlassen wegen Hartnäckigkeit.“ Er bekäme dann wahrscheinlich sechs Wochen keine Unterstützung. . .

Wie die organisierten Arbeiter eine solche „Hartnäckigkeit“ ihres Gewerkschaftssekretärs schätzen, wird Herr Köster sicherlich bekannt sein. Nach der vor dem Arbeitsgericht angebrachten Qualifikation mußte sich Herr Köster auf der Straße nach weiterer Herzenserleichterung verschaffen. Zu diesem Zweck stellte er sich auf den Marktplatz und frug den Kläger: „Soll ich denn nun noch einmal wegen dieser Geschichte nach Dortmund kommen?“

Als der Gewerkschaftssekretär seinem Kollegen riet, hier nicht zu verhandeln, hielt es Herr Köster für passend, den Gewerkschaftssekretär noch einmal anzuhäuschen. Die Passanten staunten über diesen in Mitteleuropa nicht üblichen Verkehrston.

Wenn Herr Köster glaubt, sich dadurch Ansehen verschaffen zu können, daß er die Arbeiterschaft gegen ihre Führer aufputschen will, dann irrt er sich. Der Vorfall wird die Treue der organisierten Arbeiter zu ihrer Organisation noch stärken! A. Ernst.

Allgemeine Rundschau

Rückforderung der Kosten der öffentlichen Fürsorge von Arbeitslosen

Ein Erlass des Preussischen Volkswohlfahrtsministers

Den Fürsorgeverbänden steht ein Anspruch auf Rückerstattung der aufgewandten Kosten gegen den Unterstützten zu, wenn dieser zu hinreichendem Vermögen oder Einkommen gelangt ist. Bei der Verwirklichung dieses Anspruches muß aber weitestgehende Rücksicht darauf genommen werden, daß nicht durch die Art der Kosteneinzahlung die wirtschaftliche Existenz des Erbschaftspflichtigen gefährdet wird. Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt nimmt verschiedene Vorkommnisse zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Fürsorgeverbände dieser Bestimmung nicht gerecht werden, wenn sie gegenüber Arbeitslosen, insbesondere langfristigen Arbeitslosen, die nach Durchlaufen der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung der öffentlichen Fürsorge anheimgefallen sind, allein aus der Tatsache der Wiederaufnahme von Lohnarbeit und des Lohnbezuges folgern, daß der Erbschaftanspruch bereits entstanden ist oder geltend gemacht werden dürfte. Selbst wenn das Lohn Einkommen den Nichtfall der öffentlichen Fürsorge erheblich überschreitet, wird zunächst die Erbschaftspflicht noch nicht gegeben sein, wenn z. B. der Unterstützte während der Arbeitslosigkeit Schulden gemacht hat, die zunächst erfüllt werden müssen oder er oder seine Angehörigen in Kleidung und Ernährung derart zurückgekommen sind, daß zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und der Arbeitskraft zunächst einmal Anschaffungen und Ausgaben gemacht werden müssen. Bei der Einziehung des Erbschaftanspruches muß durch Zulassung angemessener Teilzahlungen vermieden werden, daß der Anspruchsgewinnere oder seine Angehörigen alsbald wieder in Not, die nicht gerade Hilfsbedürftigkeit zu begründen braucht, geraten.

Der Polierbund

hat beschlossen, mit Wirkung ab 1. September seinen Bundesbeitrag um 15 Prozent zu erhöhen. Gleichzeitig werden die in § 15 seiner Satzung vorgesehenen Unterstützungen mit Wirkung ab gleichem Tag um 20 Prozent gekürzt. Die sachlichen Verwaltungs-kosten sollen durch Herabsetzung der Spesenätze, Einschränkung der Reisen der Bundesfunktionäre und Nichtinanspruchnahme der Bundeskasse für Jubiläumsgesellschaften erreicht werden.

Selbsterkenntnis

Die sozialdemokratische Partei gibt ein Ausspracheorgan unter dem Titel „Das freie Wort“ heraus. In Nr. 25, Jahrgang 1930, heißt es hier: „Alles andere kann man nun unserer Politik, die zum Austritt aus der Reichsregierung geführt hat, nachsagen, nur nicht, daß sie leicht verständlich und weithin sichtbar gewesen wäre. Kaum einen Zentrumswähler und gewiß keinen Kommunisten haben wir durch sie gewonnen. Wen aber sollten wir gewinnen? Auf die bisherigen Nichtwähler werden wir lange warten können.“

Mit diesen Ausführungen des „Freien Wortes“ stimmen wir diesmal ganz überein. Es ist richtig, die Schaukelpolitik der Sozialdemokratie wird keinen neuen Wähler gewinnen. Das gilt für die Politik, die sie betrieb, als sie aus der Regierung austrat, das gilt insbesondere für die in den letzten Monaten eingenommene Haltung.

Aus dem Verbandsleben

Sauschied. Wir hatten am Sonntag, dem 10. August, unsere Mitglieder zu einer Kundgebung zusammengerufen. Nicht zahlreich waren die Kollegen aus Sauschied und der näheren Umgebung herbeigeeilt. Kollege Maurer (Saarbrücken) sprach über die gegenwärtige Wirtschaftslage und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterchaft, ganz besonders die Bauarbeiterchaft. Die deutsche Wirtschaftskrise ist Teil einer Weltwirtschaftskrise. Kriegsfolgen, Absatzschwierigkeiten in fast allen Ländern Europas tragen mit dazu bei, die Arbeitsmarktlage zu erschweren. Wir führen leider gegenwärtig immer noch für vier Milliarden landwirtschaftliche Erzeugnisse ein. Die Landwirtschaft muß durch Technisierung und Auswahl der Anbauorten auf eine solche Höhe gebracht werden, daß sie in der Lage ist, den Bedarf zu decken. Wir führen auch gegenwärtig noch für drei Milliarden Industrieerzeugnisse ein. Auch in der Industrie muß noch manches geschehen. Herabsetzung des Unternehmergewinns wird viel dazu beitragen, Arbeitskräfte einzustellen, und so auch ein Stück beizusteuern zur Linderung der Volksnot. Bevor nur irgendwie an Lohnabau zu denken sei, müßten die Preise um ein Mehrfaches heruntergekehrt werden. Unser Kampf gilt der Preismacherpolitik.

Wollen wir die Arbeitslosigkeit herabmindern, dann müssen wir den Wohnungsmarkt beleben. Die unglückliche Anleihepolitik des ehemaligen Reichspräsidenten hat den Wohnungsbau der öffentlichen Kommunen nahezu stillgelegt. Die Folgen zeigen sich jetzt, rapide Zunahme der Arbeitslosen, vor allem der Bauarbeiter. Von den Eingängen der Hauszinssteuer würde ein Teil der Eingänge für andere Zwecke, so auch für die Beamtenbeholdungen verwendet. Dies müßte im Interesse unseres gesamten Volkes aufgehoben und die Gelder restlos dem Wohnungsbau zugeführt werden. Die Einstellung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften in der heutigen Notzeit kann nicht scharf genug verurteilt werden. Als Deutsche erstreben wir den wahren Volksstaat. Den Klassenkampf der freien Gewerkschaften müssen wir ablehnen, weil Klassenkampf Klassenhaß erzeugt und der Landesverföhrnung entgegensteht.

Als zweiter Redner führte Kollege Jobst (Kreuznach) aus: „Wir sind nicht allein eine materielle Interessenvertretung, sondern auch eine Kulturbewegung. Interessenvertretung und Kulturbewegung sind eng miteinander verknüpft. Nur wenn man die Arbeiterchaft gleichwertig und gleichgeachtet den andern Berufsständen zuordnet, kann für das ganze Volk eine gute Zusammenarbeit entstehen. An Stelle des Kapitalinteresses muß das Wirtschaftsinteresse in den Mittelpunkt der Wirtschaft treten.“

Der christliche Bauarbeiterverband marschiert, niemand ist in der Lage, diesen Vormarsch aufzuhalten; auch nicht jene Kräfte, die in der Umgebung am Werke sind. Die Versammlung nahm mit Entrüstung Kenntnis von den Bestrebungen, die christliche Arbeiterchaft am Arbeitsamt Kreuznach zurückzusetzen. Wir erheben auch hier Anspruch auf Parität.

Mauen i. B. Am Sonnabend, dem 16. August, fand unsere Monatsversammlung statt, die recht gut besucht war; die Jugend war vollzählig erschienen. Die Versammlung nahm Kenntnis davon, daß der Koll. Rank auf einer größeren Baustelle als Delegierter gewählt wurde. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, die noch arbeitslosen 6 Kollegen nach Möglichkeit unterzubringen. Damit wurde der 1. Vorsitzende beauftragt. Unsere Jugendabteilung hat wieder einen Zuwachs zu verzeichnen. Koll. Pögel berichtete über das Jugendtreffen am 2. und 3. August in Dresden und die besondere Bauarbeiterjugendversammlung im Künstlerkeller. Er betonte dabei, daß sich Koll. Hermann (Berlin) und Koll. Günzel (Dresden) ihrer ganz besonders angenommen haben. Alle äußerten den Wunsch, daß recht bald wieder ein Jugendtreffen zustandekommen möge. Hervorgehoben wurde noch, daß die Dresdner Jungkollegen die Kameradschaft als echte christliche Gewerkschaftler gezeigt haben. Zum Schluß wurde noch eine Buchkontrolle durchgeführt.

Leobschütz. Am 16. und 17. August fanden in mehreren Orten des Kreises Leobschütz Versammlungen statt, in denen Bezirksleiter Seuninger (Breslau) über die heutige Wirtschaftslage und über die Mahlagitation der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften sprach. Die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei wollen den Wahlkampf zum großen Teil gegen die christlichen Gewerkschaften und deren Führer austragen. Redner wies auf die in den letzten zwei Wochen herausgegebenen Flugblätter hin, welche über die Führer der christlichen Gewerkschaften herfallen. Es ist eine Gewissenlosigkeit, wenn diese Kreise mit solchen Mitteln kämpfen, nur um Agitationsvorteile zu ergattern. 3000 Bauarbeiter könnten an landwirtschaftlichen Gebäuden in den Dörfern Oberschlesiens Beschäftigung haben, aber die Landwirte können nicht einmal die notwendigen Reparaturen ausführen lassen, weil sie hierzu keine Mittel haben. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 2,7 Millionen. Wenn keine neue Arbeitsmöglichkeit geschaffen wird, muß man damit rechnen, daß diese Zahl im kommenden Winter auf 4-5 Millionen steigt. Die freien Gewerkschaften werden für die von ihnen geforderten höheren Unterstützungssätze das Geld schon bereit halten. Zuerst haben sie von ihrem Ueberfluß 1 Million RM. dem sozialdemokratischen Wahlfonds gestiftet.

Die christlichen Gewerkschaften fordern

Am 30. August 1930 ist der fünfundsiebzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

Der ein Arbeitsbeschaffungsprogramm. Im Kreise Leobschütz müßten neue Chaussees gebaut werden, wobei mehrere Hunderte von Arbeitern Arbeit finden könnten. In den nächsten Monaten wird die Entscheidung darüber fallen, ob die Reichsanstalt gehalten werden kann oder ob sie zusammenbrechen soll.

Kollege Kozian sprach über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Kreise Leobschütz. Seit einigen Jahren werden zum großen Teil Bauten ausgeführt, welche mit staatlichen Mitteln gefördert werden. Im Süden des Kreises tauchen nun einige kleine Unternehmungen auf, die die tariflichen Löhne nicht zahlen. Hier müssen die christlichen Gewerkschaften verhindern, daß solche Unternehmungen durchkommen, denn Arbeitgeber aus der Stadt, die tarifliche Löhne zahlen, klagen darüber, daß sie keine Bauausführungen erhalten. Der Grund ist in diesen Fällen leicht zu erraten.

Der Mitgliederstand hat sich trotz der Arbeitslosigkeit gut entwickelt. Wir zählen im Kreise Leobschütz zurzeit 30 Ortsgruppen mit 550 Mitgliedern.

In allen Versammlungen gab man das Versprechen, treu zu den christlichen Gewerkschaften zu halten und mitzuarbeiten an ihrem Aufbau.

Breslau. In rasendem Tempo eilt die Zeit; sie macht nicht halt vor einer Bewegung, aber auch nicht vor den Menschen. Beide werden älter. Es gehört schon nicht mehr zu den Seltenheiten, daß Mitglieder von uns ihre 25jährige Mitgliedschaft feiern können und die Zeit dürfte nicht mehr fern sein, wo wir mit Berichten von derartigen Feiern unser ganzes Verbandsorgan ausfüllen können.

Wenn nachstehend ein kleiner Bericht über eine derartige Feier gegeben wird, dann deshalb, weil es sich um Kollegen handelt, welche die Geschichte und Geschichte unseres Verbandes in Schlesien maßgebend beeinflusst haben. Auf unserem diesjährigen Sommerfest in Breslau konnten ihr 25jähriges Jubiläum als Mitglied des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter die Kollegen Franz Gottschalk, August Müller, Johann Dbiglo und Paul Klaude feiern.

Kollege Gottschalk, jetzt Vorsitzender des Arbeitsamtes in Glas, hat unseren Verband annähernd 18 Jahre hauptamtlich geführt. Während seiner besten Mannesjahre hat er den für die christlichen Gewerkschaften feinsten Boden Schlesiens bearbeitet, und mit Erfolg. Kollege August Müller ist seit Jahrzehnten Kassierer der Ortsgruppe Breslau und hat dieses Amt mit fester Pflichtenstreue und Eifer ausgeführt. Auch die anderen beiden Kollegen, Johann Dbiglo und Paul Klaude haben als Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute während der vergangenen 25 Jahre ihre Arbeitskraft in den Dienst unserer Bewegung gestellt. Bei der Feier wurden die Verdienste der Kollegen von dem Festredner des Abends gebührend gewürdigt. Auch an dieser Stelle sei noch einmal den Jubilaren der wärmste Dank ausgesprochen für das, was sie in langen Jahren für die Arbeiterchaft getan haben.

Für die Jubilare schilderte unser Freund Gottschalk kurz die Entwicklungsgeschichte unseres Verbandes in Schlesien, aus der zu ersehen ist, welche ungeheuren Schwierigkeiten wir gerade in diesem Gebiete zu überwinden hatten. Wenn wir heute etwas bedeuten, so ist es nicht zuletzt der Mitarbeit unserer alten Kollegen und ganz besonders der oben genannten Jubilare zu verdanken. In ihrem Sinne, daß wir sprechen wir ihnen, wollen wir weiter arbeiten an der Stärkung und dem Ausbau der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Herdorf (Siegen). Anlässlich der 25jährigen Jubelfeier unserer Ortsgruppe veranstaltete das Kartell der christlichen Gewerkschaften von Herdorf und Umgebung am Sonntag, dem 17. August, eine große Kundgebung. Die Feier begann mit einem eindrucksvollen Festzug. Kollege Leo Frlisch trug den Festprolog vor. Wieprecht sehr wirkungsvoll vor. Der Kartellvorsitzende, Kollege Wockenhaupt, entbot den Willkommensgruß und wies darauf hin, daß das silberne Jubiläum des Bruderverbandes auch bedeutungsvoll für die übrigen Mitglieder des Kartells sei. Vor 25 Jahren schien die Arbeiterfrage schier unlösbar. Was damals erstrebt wurde, ist heute zum großen Teil erreicht, und darüber empfindet man Freude trotz der wirtschaftlichen Not der Gegenwart, Redner fordert auf zu aktiver Mitarbeit im Kampf um die soziale Gerechtigkeit auf dem Fundamente der christlichen Weltanschauung und verlangte Opfermut- und Tatbereitschaft. Vor allem hieß er den Gründer der Ortsgruppe des christlichen Bauarbeiterverbandes von Herdorf, Kollegen Berndes, willkommen, Glückwünschanfragen der Bruderverbände zeugten von Gesinnungsverbundenheit. In der Festrede des Kollegen Körner wurde auf die schweren Kämpfe und das harte Ringen des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter in den letzten 25 Jahren hingewiesen. Redner stellte fest, daß gerade der christliche Bauarbeiterverband schon im Jahre 1907 vorbildlich auf dem Tarifvertragswesen Pionierarbeit geleistet habe. Er sei daher zu einem bedeutungsvollen Faktor im öffentlichen Leben geworden. Namens der geistlichen Behörden beglückwünschte Herr Kaplan Schumann den Jubelverband und wies darauf hin, daß wir alle Bauarbeiter sein sollen, im Aufbau in der Familie, bei Kirche und Staat. Die Jubilarehrung nahm Kollege Jung vor. Herzliche Grüße hatte auch Bezirksleiter Berner (Baderborn), welcher vor 25 Jahren die Ortsgruppe gründete, übermittelt. Der Jugend-

ist Kollege Berndes ein Beispiel: 25 Jahre Mitglied, 20 Jahre Kassierungsarbeit, Vorstandsarbeit in der Ortskantenkasse, Beisitzertätigkeit im Oberversicherungsamt, berufsgenossenschaftliche und arbeitsrichterliche Tätigkeit beweisen, wie man praktische Gewerkschaftsarbeit leistet. Es ist Ehrenpflicht, in einem solchen Falle der Frau zu gedenken, welche immer wieder die Verbandsarbeiten mit ihrem Manne teilte und große Opfer für die gute Sache gebracht habe. Gerührt dankte Kollege Berndes dem Zentralvorstand, sowie allen übrigen für die großen Ehrungen und dargebrachten Glückwünsche, und versprach weiterhin treu im Verbandsmitzuarbeiten. Die ganze Feier wurde von Musikvorträgen, sowie Liedern und Vorträgen eines Sprechchors umrahmt. Jg.

Allenstein. Am Sonntag, dem 17. August 1930, beging unsere Verwaltungsstelle ihr 30jähriges Stiftungsfest, das einen eindrucksvollen Verlauf nahm. Am Morgen konnten wir eine ganze Anzahl auswärtiger Kollegen, Vertreter der verschiedenen Verwaltungsstellen am Bahnhof begrüßen. Am Nachmittag fand ein Umzug durch die Stadt statt. An demselben nahmen circa 500 Kollegen aus Allenstein und Umgebung mit fünfzehn Fahnen und Wimpeln teil. Besonders die Jugendgruppe Allenstein war stark mit 60 Mann vertreten. In unserem Vereinshaus „Kopernikus“ konnte Kollege Grabowski in seiner Begrüßungsansprache die verschiedenen Bruderverbände und die Kollegen aus den Verwaltungsstellen Ortelsburg, Passenheim, Köffel, Landsberg, Heilsberg, Königsberg, Köslin u. a. m. begrüßen. Der Bezirksleiter Kollege Lieblich legte in seiner Festrede die Grundzüge unserer christlichen Gewerkschaften dar. Er verstand es, Kollegen und Angehörigen anderer Stände, die zu unserem Stiftungsfest erschienen waren, von der Idee der christlichen Gewerkschaften zu überzeugen. Im Anschluß an die Festrede nahm der Kollege Lieblich die Ehrung von 17 Jubilaren, die in diesem Jahre 25 Jahre Mitglied unseres Verbandes sind, vor. Es sind dies folgende Kollegen: Andreas Gehrmann, Johann Faltinski, Viktor Forkowski, Johann Kuckli, Johann Jaschinski, Jul. Schlimp, Johann Wroblewski, Franz Preuß, Andreas Rigsbur, Josef Schiel, Anton Jaschinski, Rudolf Gramsch, Andreas Schulz, Eduard Geisler, Josef Gnatoski, Anton Klimek, Aug. Kobakowski. Das Fest war ein wirkliches Volksfest, da alle Volksschichten Allensteins vertreten waren.

Duderstadt, 17. August. Hunderte arbeitsfreudiger Bauhandwerker müssen bei bestem Arbeitswetter immer noch arbeitslos einer ungewissen Zukunft entgegensehen. Daß solche Dinge allerhand Sorgen mit sich bringen, versteht sich. Solche Fragen zu besprechen, Wege zur Abhilfe zu suchen, die Behörden über Volksnot und Arbeitslosigkeit ins rechte Bild zu bringen, ist Gebot der Stunde. Zur Erfüllung dieser Notwendigkeiten hatte unser Verband seine Vertrauensleute aus den Kreisen Duderstadt und Worbis zu einer Kundgebung in den großen Saal des Schützenhauses in Duderstadt zusammenberufen. Sechshundert Leute aus der Nähe wie aus den entfernteren Orten waren dem Rufe gefolgt. Als geladene Behörden waren vertreten: Die Regierungsbezirke Erfurt und Hildesheim, die Kreise Worbis und Duderstadt, die Stadt und das Kreiswohlfahrtsamt Duderstadt, das Landesarbeitsamt Niedersachsen, das Arbeitsamt Northeim und die U.-U.-Nebenstelle Duderstadt. Kollege Wucherpfennig (Duderstadt), der Leiter des Eichsfelder Verbandsbereiches, machte die Versammlung mit dem Zweck der Tagung bekannt. Kollege Gagemeier (Berlin) sprach über die Arbeitsnot und die Wege zu ihrer Behebung. Ursachen, Umfang und Wirkungen der Arbeitslosigkeit in wirtschaftlicher und sittlicher Beziehung, die Wirkungen auf andere Wirtschaftskreise, aber auch auf Reich, Länder und Gemeinden wurden eingehend gewürdigt. Mittel und Wege zur Behebung der Not wurden erneut aufgezeigt. Der Schlußklang in eine ernste Mahnung zu Selbstvertrauen und Verbandsstreue aus. Bezirksleiter Zumbrodt (Hannover) besprach eine Reihe von Arbeitsmöglichkeiten und mahnte besonders die Vertreter der Behörden, den Ernst der Verhältnisse zu würdigen und im Rahmen ihrer Befugnisse alle Mittel anzuwenden, um der heutigen Not zu steuern. In einer nun einsetzenden regen Aussprache kamen all die Sorgen, die mit der Arbeitslosigkeit, mit dem Unterstüzt- und Nichtunterstüztwerden, mit den bittersten Auswirkungen des § 89 a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, mit der Handhabung der Wohlfahrtspflege, aber auch mit dem nicht zu billigen Ton mancher Behörden und Stellen zum Ausdruck. Erfreulich und für die so oft verkannten Arbeitslosen ehrend war es, daß immer wieder betont wurde: Geht uns Arbeit; wir verzichten dann gerne auf Unterstützung. Die eingangs erwähnten Behördenvertreter nahmen einzeln das Wort, um über die in ihrem Zuständigkeitsbereich geleistete Arbeit wie auch über ihre weiteren Maßnahmen Aufklärung zu geben. Schul- und Kirchenbauten in einigen Orten, auch einige kleinere Anlagen stehen in Aussicht. Den übergeordneten Behörden soll auch weiter nachdrücklichst Bericht über die Not des Eichsfeldes gegeben werden. Die unter gespannter Aufmerksamkeit verkaufene Kundgebung zeugt bei der materiellen und seelischen Not der Betroffenen von beherrschter Disziplin, die der Erziehung durch die Berufsorganisation zu danken ist. Der Wille der Versammlung fand in einer Entschiedenheit Ausdruck, die die Forderung nach Arbeitsbeschaffung, Einbeziehung der arbeitslosen Bauarbeiter in die Krisenfürsorge und gerechte Handhabung der Wohlfahrtsunterstützungen aussprach. Den Maßnahmen der Verbandsleitung wurde Anerkennung aus-

gesprochen und Treue dem Verbands als gewissenhaften Sachwalter der Standesinteressen gelobt.

Von den Arbeitsstellen

Unlautere Behauptungen

Im „Grundstein“ Nr. 33 werden unter der Ueberschrift „Organisierter Sperrebruch“ unwahre Behauptungen und Schlussfolgerungen verbroschen. Zur Steuer der Wahrheit folgendes:

Ein unserem Verband angehöriger 18 Jahre alter Hajner ist bei der Firma Hartlmeier jun. als Fliesenlegeranlerner beschäftigt. Er erhält den vollen Tariflohn, nicht, wie der „Grundstein“ berichtet in bewusster Absicht oder wider besseres Wissen behauptet, nur 6 RM. in der Woche. Die fast ausschließlich sozialistisch organisierte Belegschaft der Firma Hartlmeier jun. erklärte nun letzterem gegenüber, die Beschäftigung des Anlerner sei nach dem Tarifvertrag nicht statthaft und verlangte dessen Entlassung, andernfalls sie die Arbeit niederlegen würde. Nachdem die Firma diesem Verlangen nicht nachkam, wurde die Arbeit auf ihren sämtlichen Baustellen niedergelegt.

Ausdrücklich stellen wir fest, daß eine Bestimmung in dem maßgebenden Tarifvertrag, wonach die Beschäftigung des genannten Anlerner in diesem Falle unzulässig ist, nicht besteht. Wie wir nachträglich erfahren, besteht zwar hinsichtlich der Lehrlingsstellung eine Vereinbarung, an der jedoch weder der christliche Bauarbeiterverband noch die Firma Hartlmeier jun. beteiligt sind. Ausdrücklich sei auch festgestellt, daß diese Vereinbarung nicht den Charakter eines Tarifvertrages hat. Der Vertrag besteht lediglich zwischen einzelnen Arbeitgebern auf der einen Seite und dem Deutschen Baugewerksbund, Baugewerkschaft München und der freien Fliesenlegervereinigung (Syndikalisten) auf der anderen Seite. Da unser Verband an der genannten Sondervereinbarung nicht beteiligt ist, kann er auch nicht daraus verpflichtet werden, denn einen Vertrag zu Lasten Dritter gibt es im deutschen Rechte nicht. Rechtlich war also die Handlungsweise unseres Verbandes (Nichtanerkennung der Ausperrung) einwandfrei. Es ist also schon ein starkes Stück, wenn der Artikelschreiber des „Grundstein“ von uns Streikbeteiligung gegen ein Mitglied unseres Verbandes verlangt. Die besagte Vereinbarung über Lehrlingshaltung steht im übrigen an sich schon rechtlich auf tönernen Füßen, was der vom Baugewerksbund angegangene Rechtsgelehrte diesem auf Anfrage selbst bezeugt hat.

Der Kampf des Deutschen Baugewerksbundes galt aber auch ernstlich weder der Firma Hartlmeier jun. noch der Durchführung des Lehrlingsabkommens, sondern er richtete sich in erster Linie gegen den christlichen Bauarbeiterverband. Wäre der mitbestreitende Anlerner nicht christlich, sondern sozialistisch organisiert gewesen, dann wäre weder durch die Belegschaft noch durch den Deutschen Baugewerksbund in dieser Sache etwas unternommen worden. Der Christ aber sollte fliegen. Klar wurde das zum Ausdruck gebracht durch folgenden „wohlmeinenden Rat“, den die roten Fliesenleger Herrn Hartlmeier jun. bereits vor der Ausperrung gaben: „Um Sie die christlichen Fliesenleger ganz weg, mit denen ist auf die Dauer ja doch nicht zusammenzuarbeiten.“ Wir wissen, daß es das Bestreben des Deutschen Baugewerksbundes und der freien Fliesenlegervereinigung ist, den Beruf für sich allein zu reservieren. Wir können ihnen aber bezeugen, daß daraus nichts wird.

Seit wir uns also gegen den freien Terrorakt mit Erfolg zur Wehr gesetzt haben, kalauernt man im „Grundstein“. Dabei kommt es natürlich dem Artikelschreiber auf ein wenig mehr oder weniger Unwahrheit nicht an. Unwahr ist auch, daß wir einen Fliesenleger namens Bauer haben kommen lassen, welcher Streikbrecher gespielt haben soll. Dieser ist weder bei uns organisiert, noch ist er uns bekannt. Drittens ist es unwahr, daß Menzer bei der vom Artikelschreiber angeführten Verhandlung eine Erklärung abgegeben hat, die der Annahme Raum gab, daß die christlich organisierten Fliesenleger sich von dieser Lage ab der Ausperrung anschließen. Menzer hat vielmehr über unsere Haltung während der Dauer der Ausperrung nicht den geringsten Zweifel gelassen. Unwahr ist auch, daß christlich organisierte Fliesenleger die Haltung ihres Vertreters Menzer in diesem Streit mißbilligt hätten. Tatsache ist vielmehr, daß alle unsere Kollegen über das Vorgehen des Deutschen Baugewerksbundes und der syndikalistischen Fliesenlegervereinigung einmütig entrüstet waren. Wie aber Freigewerkschaftler über das Nachhaken ihrer Organisation hinter den Syndikalisten denken, das wissen wir, aber auch die Baugewerksbundsleitung sehr gut.

Die sawahre Darstellung des Sachverhaltes durch den Artikler soll mildernde Umstände zugebilligt erhalten, weil in München noch nie ein geistiger Kampf gegen uns geführt wurde. Dazu gehört „Epiritus“. Dieser Artikel ist bei den Kindern von Birt u. Comp. nicht vorrätig.

Kritik, Kreis Beobacht. In unserer Orte wird ein Jugendheim gebaut. Ein hiesiger kleiner Bauunternehmer übernimmt die Ausführung des Baues, wofür er auch nicht viel billiger mit dem Aufschlag war, wie die Unternehmer aus der Stadt beobachtet. An Lohn zahlt er den Maurern 65 Pf. pro Stunde; den Bauhilfsarbeitern 55 und 50 Pf. Auf der Baustelle werden nur Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes beschäftigt. Der einzige christlich organisierte Bauarbeiter, der den Tariflohn verlangte,

wurde einfach entlassen. Der Durchsetzung des Tariflohnes ist diese Unierentlohnung schädlich. Wir möchten einmal sehen, wenn unsere Kollegen bei einem Unternehmer 20 Pf. billiger arbeiten, was man dazu sagen würde. Wir fragen nun den zuständigen Angehörten des Deutschen Baugewerksbundes, ob er hier eingreifen will oder nicht. S. R.

Baunfall

Bottrop. Am 2. August 1930 berunglückte unser Mitglied, der Maurer Josef Behler auf der Schachtanlage Welleheim an einer Baustelle durch Absturz vom Gerüst. Anscheinend war bei der Herstellung des Gerüsts nicht die notwendige Sorgfalt verwandt worden. Dann aber fehlte, wie uns berichtet wurde, das Schutzgerüst. Mit schweren Verletzungen wurde unser Kollege in das Hospital Krankenhaus gebracht, wo ihn der Tod nach 12 Tagen von seinen qualvollen Schmerzen erlöste. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und am 15. August zur Beerdigung freigegeben. — Eine Witwe mit mehreren Kindern betrauert den Ernährer.

Dieses ist der dritte Baunfall auf der Schachtanlage im Bereich der Verwaltungsstelle Gladbeck innerhalb sechs Wochen. Kürzlich ereigneten sich auf der Zeche Stinnes 3/4 nacheinander zwei Baunfälle schwerer Art. Auch hier war das Schutzgerüst sehr mangelhaft ausgeführt. Fast hat es den Anschein, als ob die Baupolizei an den Baustellen der Zechen auf die Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften und der Bauarbeiter-schutzbestimmungen nicht so den notwendigen Wert legt, wie bei Privatbauten. Wir sprechen hiermit die Erwartung aus, daß die Ueberwachungsorgane sich ihrer Pflicht der Industriebauaufsicht gegenüber voll und ganz bewußt werden. Wir sind sonst gezwungen, den übergeordneten Stellen entsprechende Meldung zu machen.

An unsere Kollegen richten wir aber auch anlässlich dieses bedauerlichen Unfalles die dringende Mahnung, bei dem Bau der Arbeitsgerüste die größte Vorsicht walten zu lassen. Leben und Gesundheit müssen uns doch wertvoller sein, als ein allzu leichtfertig errichtetes Arbeitsgerüst. Darum Sorgfalt und Umsicht beim Gerüstbau. Josef Einig.

Bücherschau

Friedrichs Bautechnische Lehrhefte für den Fachzeichnen- und Modellierunterricht, für die praktische Ausbildung und Selbstbelehrung. Herausgegeben von Karl Friedrich, Stadientrat an der Gewerkschule in Heidelberg. Der Gesamtkost des Bauwissens in 15 Heften, einzeln käuflich für je 2,80 RM. (kartoniert), und zwar: Heft 1-6 für Maurer, Steinhauer, Bautechniker; Heft 7-8 für Eisenbetonbauer; Heft 9-10 für Zimmerleute, Treppenbauer usw.; Heft 11 Sonderheft (Terrazzi); Heft 12-15 für Gipser, Plückerer, Zementeure usw. Jedes Heft bringt außer dem reich illustrierten Text bis zu 18 Blatt Fachzeichnungen und Skizzen, dazu Diagramme, technische Vorschriften für Bauleistungen, Landespolizei-Berordnungen, Arbeiterchutzgesetze usw.

Erschienen sind bis jetzt:
Heft 1. „Der Maurer.“ Minker- und Backsteinbau. Regeln für die Herstellung der Backsteinverbände. Technische Vorschriften für Bauleistungen. Erläuterungen mit praktischen Beispielen usw. 16-18 Blatt Fachzeichnungen, Skizzen sowie viele Abbildungen.
Heft 2 und 3: „Der Maurer.“ Hohlmauern und sämtliche

Hohlblockmauer für Wand- und Deckenkonstruktion. Sparbauweisen (rationelles Bauen). Skelettbau. Gourdplatten. Kaminbau usw. 16-18 Blatt Fachzeichnungen, Skizzen und viele Abbildungen. (Heft 2 über 120 Abbildungen.)
Heft 7: „Grundzüge für die Ausführung von Beton- und Eisenbetonarbeiten.“ Mit Erläuterungen und praktischen Beispielen. 12 Blatt Fachzeichnungen und viele Abbildungen.

Wir haben in den letzten Jahren in unserer „Baugewerkschaft“ verschiedene technische Lehrmittel und Lehrbücher für die fachliche Ausbildung unserer Mitglieder besprochen. Die Anforderungen, die wir an die fachlichen Lehrmittel und Lehrbücher stellen, sind, daß, soweit sie mit Text versehen sind, dieser in einer einfachen Sprache und die Darstellungen, Skizzen und Zeichnungen leichtverständlich gehalten sind. Außerdem sollen sie so gestaltet sein, daß das Gebotene ohne Schwierigkeiten mit der praktischen Arbeit in Verbindung gebracht werden kann. Etwas, was auf diesem Gebiete unseren Anforderungen vollkommen entspricht, haben wir noch nicht gefunden. Friedrichs Bautechnische Lehrhefte werden unseren Anforderungen am ehesten gerecht. Ihr Text ist in einer einfachen Sprache gehalten. Die Skizzen und Fachzeichnungen sind wegen ihres großen Formats leicht zu verstehen. Friedrichs Bautechnische Lehrhefte sind auch für die Arbeit in unseren Jugendgruppen zu empfehlen. — Die Hefte sind beim Akadem. Verlag Dr. Fritz Webecke & Co., Stuttgart, Eugenstr. 3, zu erhalten.

Bekanntmachung

Wir können nur Rechtschutzanträge aus dem Arbeitsrecht und der Sozialversicherung erheben, und diese nur, wenn dem Antrage das Mitgliedsbuch beiliegt.

Verwaltungsstelle Gleiwitz.
Der Vorstand. J. A.: Heidrich.

Sterbetafel

Am 12. August starb unser Kollege, der Maurer Karl Kask, an Selbstmord nach 14tägigem Krankenlager im Alter von 23 Jahren.
Verwaltungsstelle Pöschlau.

Am 13. August starb unser treues Mitglied Josef Behler aus Bottrop i. W. im Alter von 38 Jahren an den Folgen eines am 2. August erlittenen Unfalles auf der Arbeitsstelle. Wir verlieren in ihm einen lieben Kollegen.
Verwaltungsstelle Gladbeck.

Am 15. August starb unser Kollege Hermann Meyring im Alter von 66 Jahren.
Verwaltungsstelle Haren a. d. Ems.

Am 16. August starb unser treuer Kollege, Maurer Wilhelm Kleibrink im Alter von 63 Jahren an den Folgen einer Operation. Er war trotz seines Alters noch ein eifriges Mitglied unseres Verbandes.
Verwaltungsstelle Bochum.

Ehre ihrem Andenken!

Genade bei dem Darüberliegen der Bauaufsicht infolge der verfahrensmäßigsten Beschäftigung aus der Baugewerkschaft doppelt darauf bedacht sein, sich eine gründliche Vorbildung für seinen Beruf anzueignen. Diefem Ziele dient die **Reifeerschule für Bauhandwerker Wessendorf (Bayern)**. Auf die heutige Anzeige wird besonders hingewiesen.

Meisterschule für Fach- u. Tischler
Ausbildung in einem Halbjahr zum Polier oder Schachmeister, in 2 Halbjahren zum Maurer, Zimmer-, Straßenmeister und Bauhilfsführer. Detmold, Wittstr. 4 d
Lehrplan frei

Meisterschule für Bauhandwerker
Städtische zu 50%, staatl. unterstützte Anstalt. Sonderklassen für Maurer, Zimmerer, Steinmetze mit Lehrwerkstätten, Reißboden. Zwei Winterkurse vom 3. November bis 31. März. Meisterprüfungen am Stre der Schule. Aufnahmebedingungen: 21. Lebensjahr, Gesellenprüfung, Jahresbericht und Anmeldebogen durch die Schulleitung. Anmeldung baldigst mit Lebenslauf, Schulzeugnis, Lernzeugnis und Gesellenbrief.

Schachtmeister- und Polierschule
Anschluß durch den Oberstadtdirektor der Staatl. Tiefbauerschule
in RENDSBURG

OLDENBURGISCHE BAUGEWERKSCHULE IN VAREL
Sollt Lehranstalt für Hoch- und Tiefbau, neuzeitliche Bauformen u. Konstruktion. Staatskommissar. Lehrordnung frei durch Dir. Dipl.-Ing. Leonhardt. Beginn W.-Semester 21. Oktob.

Kollegen,
lest den
„Deutschen“

Möbel-Kamerling
Berth. Industriemaler
Speiser, Schatz, Herrenz-Küch. Hiesenausw. Spottpreis. Zahnwägersl.
Weg
Fabrik f. Arbeitsschneidemaschinen
Spez. Handmaschinenbau sowie Maurer- u. Manchesters-Auzüge
Wilhelm Fahr, Berlin N 21, Brunnstraße 78

Baumarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuh u. Lederaschen 12.- Rm., aus II-Drahtleder 9.- Rm. u. 6.50 Rm. Maurerhosen 1.20 Rm. Echt Linder-Manchesterhosen Qual. I 17.- Rm., II 13.- Rm., III 11.- Rm. Maurerblusen 5.- Rm. Schweißanzüge per Stück 25 Pf. vers. b. Bestellung von 25 Rm. frei Haus. Probieren u. Muster gratis. Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 1. Mechanische Spezialfabrik für Bauarbeiter-Kleidung. Gegr. 1894.

Kurtis- u. Sportbekleidung
Werkzeuge, Teakholz-Wasserwagen, Teakholz-Schlapphüte, Isaländer, Original-Berliner Strickwarenzüge.
Preisliste gratis.
Mechanische Kleiderfabrik
Verbandshaus Fritz Wirth
Altona-Elbe 18, Gustavstr. 53-55

Teakholz-Wasserwagen in höchster Vollendung!

			Stück 25 x 50 und 25 x 55 mm			
100	90	80	75	60	50	cm
3,40	3,20	3,-	2,90	2,80	2,60	2,40 RM.
			Extra-Qualität			
4,50	4,25	4,-	3,85	3,75	3,50	3,25 RM.

Gänzliche Werkzeuge, Bekleidung, das Beste auf dem Markte u. Katalog sofort lieferbar. Best. geg. Nachn. Von 10 RM. an portofrei. Jede 12er Wasserwaage wird gratis geliefert.
Westermeier & Co., Bielefeld, Hegelstraße.

Kollegen! Berücksichtigt bei Bedarf die Inferenten der „Baugewerkschaft“

Verantwortliche Redakteur und Belegler: Albert Gahmeier, Rollenbrand: Vaterländische Verlags- und Anstalt, sämtlich in Berlin.